



BUCHVORSTELLUNG

Keine Geschichte von Helden und Schurken

Wie ist der Umgang der GEW mit den Hinterlassenschaften aus der Zeit des Nationalsozialismus einzuschätzen? Erkenntnisse der Historiker Jörn-Michael Goll und Detlev Brunner

All jene, die sich von der nun vorliegenden Publikation in erster Linie ein finales Urteil erhofft haben, wie der Umgang der GEW mit den Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus schlussendlich zu bewerten ist, dürften wohl enttäuscht werden. Das erste, was die Studie eindringlich vermittelt, ist die Erkenntnis, dass die Vergangenheit und mit ihr auch das NS-Erbe der GEW komplexer, vielschichtiger und widersprüchlicher ist, als eine oberflächliche, „offensichtliche“ Betrachtung dies nahelegt. Die Gründergeneration der GEW hatte den Anspruch, die Gewerkschaft zur größten Interessenorganisation für Lehrkräfte in Deutschland zu entwickeln. Sie berief sich von Beginn an auf zahlreiche, ihrem Wesen nach sehr unterschiedliche Vor-

gängerorganisationen, vor allem aber auf den bereits im Kaiserreich gegründeten Deutschen Lehrerverein (DLV), der sich rasch zur bedeutendsten Instanz der organisierten Lehrerschaft entwickelte. Weniger beachtet, aber ebenso Teil dieser historischen Tradition war die teils erzwungene, teils jedoch auch freiwillige Überführung des DLV und vieler weiterer Lehrervereine in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), in dem im „Dritten Reich“ schließlich 97 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer organisiert waren.

Aus dem Umstand, dass die Lehrerschaft fast geschlossen dem NS-Lehrerbund angehörte, dass viele Lehrerinnen und Lehrer zudem in weitere NS-Organisationen und in die NSDAP eintraten, ließe sich schnell der

Schluss ziehen, dass Lehrkräfte eine besondere Affinität zum NS-Regime und zur nationalsozialistischen Weltanschauung entwickelt hätten. Dass diese Folgerung bei näherer Betrachtung nicht zu halten ist, verdeutlicht die Untersuchung an vielen Stellen. Zweifellos gab es unter den Pädagoginnen und Pädagogen zahlreiche überzeugte Nationalsozialist_innen. Ebenso deutlich muss aber auch festgestellt werden, dass sich die Masse der Lehrkräfte – durchaus im kritisch gemeinten Sinne – „angepasst“ verhielt. Diese waren keinesfalls durchweg fanatisiert, akzeptierten jedoch die oft verbrecherischen Maßnahmen des Regimes und setzten die an sie gerichteten Forderungen in aller Regel auch um.

Entnazifizierung

Widerständisches Verhalten sucht man unter Lehrerinnen und Lehrern wie unter weiten Teilen der damaligen Bevölkerung meist vergebens. Warum sich die Lehrerschaft in die NS-Diktatur fügte und welche praktischen Konsequenzen sich daraus ergaben – diese Fragen werden in der Studie ausführlich untersucht. Nicht immer konnten am Ende eindeutige Antworten gefunden werden. Doch gerade in Bezug auf den gegenwärtig stattfindenden und keinesfalls abgeschlossenen Vergangenheitsdiskurs innerhalb der GEW erscheint es ratsam, sich mehr mit den richtigen Fragen als mit den falschen Antworten auseinanderzusetzen.

Blickt man auf das Kriegsende, die Zeit also, in der der Grundstein für die heute bestehende GEW gelegt wurde, so zeigt sich, dass gerade die kurze Nachkriegszeit mit ihren politischen, sozialen und persönlichen Widersprüchlichkeiten, Kontinuitäten aber auch Brüchen den gesellschaftlichen Umgang mit den Erblasten des Nationalsozialismus über mehrere Jahrzehnte hinweg mitbestimmte. Schuld und Scham wurden häufig von einem stark ausgeprägten Pragmatismus überlagert. Die sprichwörtliche Beseitigung der Trümmer und Schäden, die der Krieg hinterlassen hatte sowie der Umgang mit den von den Besatzungsmächten initiierten Entnazifizierungsmaßnahmen bestimmten die gesellschaftliche Agenda wie auch die der GEW in entscheidendem Maße mit. Wie fast alle Deutschen, die von der Entnazifizierung betroffen waren, fühlten sich auch die Lehrkräfte in erster Linie als Leitragende und „Opfer“ dieser Bestimmungen.

Die Untersuchung macht deutlich, dass die säuberungspolitischen Methoden der Alliierten, die unter den Bedingungen des heraufziehenden Kalten Krieges schon bald in deutsche Hände

gelegt und schließlich schlichtweg beendet wurden, aufgrund ihrer praktischen Umsetzung nicht immer ohne Grund in der Kritik standen. Genauso deutlich wird aber auch, dass sich die damalige Gewerkschaft nahezu vorbehaltlos hinter ihre Mitglieder stellte und weit über die Maßen daran mitgewirkt hat, selbst schwer belastete Lehrkräfte zu rehabilitieren. Das Schulwesen wiederaufzubauen und dabei die Entnazifizierung zu einem raschen Ende zu führen, war für das Handeln der jungen GEW von zentraler Bedeutung. Andere Facetten der unmittelbar zurückliegenden, oft schuldbehafteten Vergangenheit, wurden dagegen weder angesprochen noch selbstkritisch aufgegriffen.

Wie ist dieses, aus heutiger Sicht zweifelhaft erscheinende Verhalten zu erklären? Selbst tadellos erscheinende Gründerpersönlichkeiten der GEW wie Heinrich Rodenstein und Anna Mosolf hatten offenbar kein Interesse an einer nachhaltigen Diskussion um Schuld und Verantwortung innerhalb ihrer Organisation. Ganz offenbar war ihnen bewusst, dass der Wiederaufbau einer großen, einflussreichen Lehrerorganisation nur mit den Mitgliedern, auch den belasteten, gelingen konnte – nicht gegen sie. Den Preis des Verdrängens, Beschweigens und Vergessens waren selbst sie bereit zu zahlen.

Wiedergutmachung

Nachdem die Entnazifizierungsfrage bereits Mitte der 1950er Jahre weitgehend „gelöst“ war, rückte die Wiedergutmachungsfrage stärker in den Vordergrund. Die GEW übertrug die allgemeine, gesellschaftliche Frage, die insbesondere für die Entwicklung der internationalen Beziehungen der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung war, zunächst auf ihre eigenen Mitglieder. Erst jetzt, lange nachdem die „Entnazifizierungs-

opfer“ unter den Lehrkräften wieder in Lohn und Brot standen oder ihre Pensionsansprüche gesichert hatten, kümmerte sich die Gewerkschaft verstärkt auch um die verhältnismäßig kleine Gruppe der vom NS-Regime verfolgten Lehrerinnen und Lehrer. Gerne stellte sie in dieser Zeit auch die wenigen Beispiele widerständischer Lehrkräfte heraus, deren Verhalten nun in Form zahlreicher Beiträge und Veröffentlichungen ans Licht der Öffentlichkeit gelangte. Trotz aller Eigennützigkeit sorgten derartige „Imagekampagnen“ aber auch dafür, dass ab Ende der 1950er Jahre zumindest ein zaghafter Bewusstseinswandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit einsetzte.

Ganz offensichtlich bestehende Defizite bei der Aufarbeitung der NS-Zeit, auch und gerade im Hinblick auf die erste Nachkriegsgeneration, die nun die Schulen besuchte und zum Teil schon wieder verließ, wurden von der GEW-Führung allerdings oft mit Verweisen auf andere Institutionen, etwa Kirchen und Elternhäuser, beantwortet.



Goll, Jörn-Michael. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe. Mit einem Vorwort von Marlis Tepe. ISBN: 978-3-7799-6485-8. Erschienen im BELTZ-Verlag.

Auf gesellschaftliche Forderungen, an den Schulen verstärkt über die NS-Zeit aufzuklären, reagierte sie mit der Betonung begrenzter Einflussmöglichkeiten der einzelnen Lehrkräfte und kritisierte stattdessen die schulpolitischen Entscheidungen, die bis dahin getroffen worden waren. Selbstkritik gab es innerhalb der Gewerkschaft nach wie vor kaum.

Die Gründergeneration der GEW war überzeugt: Auch ohne eine stattfindende Diskussion um die NS-Vergangenheit handelte es sich bei der Gewerkschaft um eine zweifellos demokratische Organisation. Und in der Tat gehörte von Beginn an ein – zumindest formales – Bekenntnis zu den Menschenrechten und zu freiheitlich-demokratischen Werten zu den Forderungen der GEW an ihre Mitglieder. Wer sich nach 1945 weiterhin offen zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannte, dies verdeutlicht etwa der in der Untersuchung aufgegriffene Fall des Offenburger Studienrats Ludwig Zind, hatte in den eigenen Reihen keinen Platz. Den entscheidenden Anteil daran, dass die GEW gegenüber den Alliierten wie auch auf internationaler Ebene einen „demokratischen Ruf“ genoss, hatte jedoch nicht die breite Masse der Lehrerinnen und Lehrer, sondern hatten die Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaft. Ihre Repräsentanz und ihr persönlicher Einfluss war für die Entwicklung der GEW zweifellos förderlich, erschwerte aber letztlich auch eine kritische Selbstreflexion unter den Mitgliedern.

Insbesondere von Heinrich Rodenstein, von seinem Ruf und seinem Wirken profitierte die GEW wie von kaum einem anderen. Er, der langjährige GEW-Vorsitzende, der überzeugte Sozialist und Emigrant, hatte einen entscheidenden Anteil an der Aussöhnung und der Entwicklung freundschaftlicher

Beziehungen auf internationaler Ebene, insbesondere mit der israelischen Lehrgewerkschaft. Fragen der NS-Vergangenheit wurden in seiner Amtszeit allerdings kaum offen angesprochen. Nichtsdestotrotz ist es der GEW unter seiner Leitung innerhalb erstaunlich kurzer Zeit gelungen, einen folgenreichen Spagat zu meistern, der mit einer unzweifelhaften demokratischen Haltung nach außen bei gleichzeitigem Beschwichtigen und in einigen Fällen auch Beschweigen und Verdrängen nach innen verbunden war. Eine breite, öffentlich geführte Debatte um das NS-Erbe der Mitglieder blieb aus und wurde auch von Heinrich Rodenstein nicht nachdrücklich eingefordert.

Die Vorstellungen und Prägungen der Gründergeneration wirkten lange nach. Auch in den 1960er- und 1970er Jahren muss bei der GEW eher von evolutionären Anpassungsprozessen als von wirklichen Veränderungen gesprochen werden. Erste Ansätze einer selbstkritischeren Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe sind erst zu erkennen, als die ehemaligen „Achtundsechziger“ aus den Hochschul- und Junglehrergruppen der GEW Ende

der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre nach und nach in die Führungsebenen vordringen konnten.

Kein Schlusstrich

Genauso wenig wie die nun vorliegende Studie aufgrund ihres begrenzten Untersuchungszeitraums die Auseinandersetzung der GEW mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollumfänglich darlegen kann, soll sie als Abschluss eines Prozesses verstanden werden, in dem sich die GEW mit ihrer wechselvollen, vielschichtigen und ereignisreichen Geschichte beschäftigt. Dass dabei jedoch Schwarz-Weiß-Denken fehl am Platz ist und pauschalisierende Urteile nicht richtiger werden, indem sie unablässig und immer gleich vorgetragen werden, müsste jedem einleuchten, der das jüngst erschienene Buch liest. Die Publikation sollte als Auftakt einer wissenschaftlich fundierten, sachlich geführten Diskussion um den Umgang der GEW mit ihrem NS-Erbe verstanden werden, die niemals abgeschlossen sein darf und stets fortgesetzt werden muss.

JÖRN-MICHAEL GOLL
Historisches Seminar der
Universität Leipzig

Richtigstellung „Gleichschaltung“

Marcel Bois hat im Auftrag unseres Vorstands ein interessantes Buch zum Thema „Gleichschaltung der Gesellschaft“ 1933 geschrieben. Meine kritischen Anmerkungen (u.a. HLZ 11/20, S. 62ff.) sollten nicht so missdeutet werden, als habe er die Vorgänge so dargestellt, wie es der GEW-Vorstand wünschte. Ich habe das weder gemeint noch indirekt so formuliert. Solche Anwürfe wären falsch und schäbig.

Ebenso wenig habe ich behauptet, der Autor habe in seinem Buch den Terror der Nazis gegen Gewerkschaften und politische Parteien gar nicht erwähnt. Ich erwartete lediglich eine „ausführlichere“ und zielgerichtete Darstellung.

In einem Punkt nehme ich eine unzutreffende Kritik auf meine Kappe: Ich hatte M. Bois' Text so verstanden, als meinte er, ein „verständnisvoller“ Umgang mit Nazis wäre in gewisser Weise typisch für die Mitglieder der „Gesellschaft“ gewesen. Der Autor bezog sich aber nur auf einzelne Mitglieder unserer Vorgängerorganisation.

JÖRG BERLIN